



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Nr. 201 / 2012

Kiel, Donnerstag, 26. April 2012

Sozialpolitik / Betreuungsgeld

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Anita Klahn: FDP ist verlässlicher und vertragstreuer Koalitionspartner

In ihrer Rede zu **TOP 50** (Betreuungsgeld stoppen) erklärt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die FDP lehnt das Betreuungsgeld ab, es setzt die falschen Anreize. Wir wollen Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren. Das Betreuungsgeld bietet hier keine Lösung. Nach unserer Vorstellung sollte das Geld besser in Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung gesteckt werden. Oder das Vorhaben wird ganz gestrichen, als Beitrag, um im Jahr 2014 auf Bundesebene einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Auch auf Landesebene gibt es ablehnende Äußerungen zum Betreuungsgeld. Wenn ich auf Podiumsdiskussionen bin, lehnen die Unionskandidaten vor Ort das Betreuungsgeld durch die Bank weg immer ab. Wie man also sieht, ist der Prozess der Meinungsbildung bei unserem Koalitionspartner noch nicht abgeschlossen. Der Ball liegt jetzt auf Bundesebene bei der Union. Vor allem muss sie eine gemeinsame Position mit ihrer Schwesterpartei CSU finden.

Klar ist aber auch, dass mit der FDP nur das Betreuungsgeld vereinbart ist. Wir lehnen neue Leistungen bei den Renten zulasten der Beitragszahler ab. Nach unserer Schätzung würden diese Verbesserungen – die zugegebenermaßen fachlich immer noch besser wären als das Betreuungsgeld – einen hohen einstelligen Milliardenbetrag kosten. Das entspricht nicht unseren Vorstellungen von generationengerechter Familienpolitik. Wir wollen unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlassen.

Die FDP ist ein verlässlicher Partner und als solcher vertragstreu. Wir stehen zu den Vereinbarungen, die wir getroffen haben – somit auch zum Koalitionsvertrag. Das gilt sowohl für die Bundesebene, als auch für die Landesebene. Wenn sich die Partner nicht an getroffene Vereinbarungen halten, geht jede Vertrauensgrundlage in der Politik verloren und ein zielgerichtetes Regieren wird unmöglich.

Auf Landesebene haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass FDP und CDU bei Abstimmungen im Landtag und in den Ausschüssen und Gremien ein einheitliches Votum abgeben. Entsprechend wird die FDP-Landtagsfraktion abstimmen, obwohl wir den Antrag inhaltlich nicht ablehnen.“